

Jürgen Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933, Oldenbourg Verlag, München 1992, 328 S., kart., 68 DM.

Nach dem Zusammenbruch der Regime Osteuropas, die sich als sozialistisch bezeichnet hatten, ist die europäische Sozialdemokratie mit der Frage konfrontiert worden, ob sie nicht ihren Standort neu bestimmen oder zumindest ideologischen Ballast abwerfen müsse. Die Denk- und Agitationsfigur ist einfach: Man setzt Sozialismus mit Sowjetsystem gleich, stellt Berührungspunkte mit der Sozialdemokratie fest und wirft den Sozialdemokraten ein Festhalten an historisch gescheiterten Positionen vor, wenn man etwa Wirtschaftsdemokratie als Planwirtschaft denunziert. Diese Gedankenkette, auf einer Teilidentifikation von Sozialdemokratie und Sowjetsystem beruhend, unterschlägt, daß sich die Sozialdemokratie seit 1917 mit diesem Staatswesen auseinandersetze, das von sich behauptete, die Verwirklichung von Sozialismus zu sein, und ihre Identität mehr und mehr in einer Abgrenzung von diesem System fand, d. h. nicht eigentlich fand, sondern durch die Verarbeitung der Entwicklung der Sowjetunion bestätigt sah.

Jürgen Zarusky geht diesem Problemkomplex in seiner Untersuchung über »Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933« nach. Im Titel sind die beiden Ebenen der Untersuchung bereits angedeutet: Es geht zum einen um die Bewertung der Entwicklung der Sowjetunion und der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Theoriediskussion innerhalb der SPD, zugleich um den Einfluß auf die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Auseinandersetzungen zwischen SPD, USPD bzw. KPD; zum anderen wird die außenpolitische Haltung der SPD zur Sowjetunion auf Manifestationen einer »ideologischen Gegnerschaft« hin untersucht. Zarusky zieht eine Vielzahl von Quellengruppen unterschiedlicher Dichte heran: Parteitagsprotokolle und Stenographische Protokolle des Reichstags liegen gedruckt vor, Parteiausschuß- und Parteivorstandsprotokolle allerdings nur sehr lückenhaft; Nachlässe deutscher und russischer Sozialdemokraten enthalten, mit Ausnahme des Nachlasses Karl Kautskys, nur sehr fragmentarische Hinweise; daher sind publizistische Quellen, vor allem die Tageszeitungen der Arbeiterparteien, in denen die zeitgenössische politische Diskussion geführt wurde, von besonderer Bedeutung, ebenfalls zeitgenössische Bücher bzw. Broschüren.

Die Analyse Zaruskys geht von den beiden Grundkategorien »Perzeption« und »Interaktion« aus, die sich in einem komplizierten Beziehungsgeflecht wechselseitig bedingen. Zarusky bezeichnet die Perzeption der sowjetischen Entwicklung durch die deutsche Sozialdemokratie als »in hohem Maße standortgebunden« (S. 288). Ideologische Traditionen wie das altgewohnte Rußlandbild der SPD (Stolz auf die deutsche Kulturnation im Gegensatz zur »asiatischen Despotie«, Rückständigkeit der russischen Gesellschaft) und ein vom Liberalismus geerbtes linear-evolutionäres Fortschrittsdenken, aus dem eine fehlende Sozialismusreife Rußlands abgeleitet wurde, sowie die innerdeutschen Verhältnisse (Möglichkeit der Machterlangung durch Koalitionen mit der bürgerlichen Linken auf parlamentarischem Wege versus revolutionäre Erhebung; Spaltung der Arbeiterbewegung) seien Indikatoren hierfür. Die Auseinandersetzung mit der sowjetischen Entwicklung habe sich dabei immer auf zwei Ebenen vollzogen, zum einen direkt mit dem sozialistischen Anspruch der Sowjetunion, zum anderen in der Diskussion mit Linksradiكالen und der KPD, für die die Sowjetunion aufgrund der Enttäuschung über die deutsche Entwicklung Modellcharakter gewonnen habe. Beurteilungsmaßstäbe seien Demokratie und materielles Wohlergehen der Arbeiterschaft gewesen.

Zarusky wendet sich gegen Peter Lösches These einer Erstarrung eines einmal gewonnenen Bolschewismusbildes der SPD zu einem Fetisch, der die Wandlung vom Leninismus zum Stalinismus überhaupt nicht reflektiert habe; ganz im Gegenteil seien einmal gefun-

dene Grundsatzpositionen gerade durch eine ziemlich genaue und differenzierte Wahrnehmung, vermittelt vor allem durch menschewistische Emigranten, bestätigt worden, die Wandlung von der Parteidiktatur zur persönlichen Diktatur sei aber nicht als qualitative Veränderung wahrgenommen worden.

Auf der Interaktionsebene unterscheidet Zarusky drei Phasen: Die intensivste Auseinandersetzung mit der sowjetischen Entwicklung habe dabei die Diskussion um parlamentarische Demokratie oder revolutionäre Diktatur in der Folge der deutschen Novemberrevolution erfahren, Kampffeld sei in erster Linie die USPD gewesen, deren Spaltung Zarusky maßgeblich auf die unterschiedlichen Auffassungen in der Bewertung der Sowjetunion zurückführt. Erst durch die Spaltung der USPD sei die KPD zur Massenpartei geworden, und die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung sei somit zementiert worden. Mit der Entwicklung der SPD zur staatstragenden Partei der Weimarer Republik, konfrontiert mit dem Anspruch der Sowjetunion auf Revolutionsexport und der Rolle der KPD als Agent dieses Revolutionsexportes, seien die Fronten abgesteckt gewesen. Die zweite Phase der Interaktion (1923–1927) ist nach Zarusky deutlich schwächer ausgeprägt gewesen: Die Sowjetunion war durch innere Auseinandersetzungen geprägt, die von der SPD als Schwäche des Kommunismus interpretiert wurden, Stalins Konzept des ›Sozialismus in einem Lande‹ ließ die weltrevolutionären Aspirationen der Sowjetunion zurücktreten. Gegen Ende der Weimarer Republik (ab etwa 1928) kam es zu einer immer schärferen ideologischen wie außenpolitischen Konfrontation; denn auch unter dem Eindruck des Verhaltens sozialdemokratischer Verantwortungsträger legte sich die KPD endgültig auf die Sozialfaschismusthese fest.

Insgesamt läßt sich Zarusky zufolge für den außenpolitischen Bereich sagen, daß die sozialdemokratische Politik auf eine Abwehr des Revolutionsexportes zielte und einer Westorientierung den Vorzug gab. Sozialdemokratische Verständigungspolitik gegenüber der Sowjetunion fand ihre Grenzen aufgrund sowjetischer Einmischungsversuche in innere Angelegenheiten Deutschlands über die KPD; unter dem sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller kam es gar zu einer Verschlechterung der Beziehungen, da die Politik der KPD gegenüber der SPD sich im Zuge der Sozialfaschismusthese radikalisierte. Von der Sowjetunion sind nach Zarusky keine positiven Impulse auf sozialdemokratische Programmatik ausgegangen; diese diente einzig als Warnung vor einem Abgleiten in eine totalitäre Entwicklung. Auch die Wandlung der SPD zur sozialen Reformpartei, deren Wurzeln schon in der Revisionismusdebatte angelegt waren, ist durch die Verarbeitung der sowjetischen Entwicklung allenfalls bestätigt worden. Begründet worden sei sie durch die Ausübung effektiver politischer Mitgestaltung in der Weimarer Republik.

Zaruskys Untersuchung schließt eine Forschungslücke, die die radikale Ablehnung des Sowjetsystems durch die deutsche Sozialdemokratie und die erbitterte Gegnerschaft zur KPD zu erklären hilft. Auch vermag sie zum Verständnis des Scheiterns der späteren Einheitsfrontbemühungen beizutragen. Kritisch anzumerken ist, daß Zarusky auf die Untersuchung von Linksabspaltungen der SPD (SAP, ISK, Neu Beginnen) bewußt verzichtet, da sie nach seiner Meinung zu einem großen Teil Positionen vertraten, die nicht mehr als sozialdemokratisch bezeichnet werden könnten, die aber doch das Unbehagen linker Sozialisten an der offiziellen Parteilinie repräsentiert haben könnten. *Helga Grebing, Bochum*